

Peter Longerich

»Davon haben wir nichts gewusst!«

Die Deutschen und die
Judenverfolgung 1933–1945

Pantheon



Mix
Produktgruppe aus vorbildlich
bewirtschafteten Wäldern und
anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. SGS-COC-1940
www.fsc.org
© 1996 Forest Stewardship Council

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte
Papier EOS liefert Salzer, St. Pölten.

Der Pantheon Verlag ist ein Unternehmen der
Verlagsgruppe Random House GmbH.

Erste Auflage
September 2007

Copyright © der Originalausgabe 2006
by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München
Lektorat und Register: Andrea Böltken, Berlin
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany 2007
ISBN 978-3-570-55041-0

www.pantheon-verlag.de

Inhalt

Einleitung	7
»Öffentlichkeit« und »Volksmeinung« unter der NS-Diktatur	23
Boycott: Die Verfolgung beginnt	55
Antisemitische Krawalle und Nürnberger Gesetze	75
Die »ruhigen Jahre«: Illusion und Realität der »Judenpolitik«	101
Novemberpogrom	123
Die »Judenfrage« nach Beginn des Zweiten Weltkrieges	147
»Jüdischer Bolschewismus«, Gelber Stern und Deportationen: Anatomie einer Kampagne	159
Die »Endlösung« als öffentliches Geheimnis	201
»Kraft durch Furcht«: Die Drohung mit der »jüdischen Rache«	263
»Juda muss sterben«: Der Mord an den Juden und der Untergang des »Dritten Reiches«	297
Fazit	313
Dank	329
Abkürzungsverzeichnis	331
Anmerkungen	333
Literatur	431
Personenregister	447

Einleitung

»Davon haben wir nichts gewusst!« Der Satz ist allgemein bekannt: Es ist die Antwort, die man wohl am häufigsten hört, wenn man Deutsche der älteren Generation befragt, was sie denn als Zeitgenossen seinerzeit über die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das NS-Regime in Erfahrung gebracht haben. Ein Satz, der viele Fragen aufwirft.

Nicht selten wird er entschieden oder sogar entrüstet vorgebracht; er dient häufig dazu, den in der Frage nach der damaligen Kenntnis mit-schwingenden oder auch nur vermuteten Vorwurf der Mitwisserschaft oder gar Mitschuld zurückzuweisen. Das Subjekt des Satzes, das »wir« – häufig heißt es auch, »man« habe nichts gewusst, selten wird das »ich« gebraucht –, deutet schon darauf hin, dass hier eine kollektive, im Laufe der Zeit zur Abwehr verfestigte Haltung vorliegt.

Doch was genau hat man nicht gewusst? Das »davon« klingt zwar sehr bestimmt, so, als wisse man genau, was man damals nicht gewusst habe – allerdings bezeichnet dieses »davon« etwas, das der Sprecher offenbar nicht näher benennen oder beschreiben will. Handelt es sich um das Grauen der Vernichtungslager, um das Massensterben in Ghettos oder Arbeitslagern, um die Deportationen oder um das Gesamtausmaß der Verfolgung?

Schließlich muss das Verb des Satzes unsere Aufmerksamkeit erregen: Geleugnet wird bezeichnenderweise meist nicht, dass man nicht etwas gehört oder geahnt hätte, sondern das damalige *Wissen*. Die kategorische Feststellung, man habe nichts *gewusst* – oder, auf Nachfrage, *wirklich* nichts gewusst –, schließt indes nicht aus, dass Gerüchte, Hinweise und Teilinformationen über den Judenmord eben doch bekannt waren, die aber, aus den verschiedensten Gründen, flüchtig blieben und sich nicht zu einem Gesamtbild, zum Wissen, verdichteten.

Damit sind bereits einige der zentralen Probleme angesprochen, die in diesem Buch thematisiert werden sollen. Denn tatsächlich gehört die Frage, welche Kenntnis die zeitgenössische deutsche Bevölkerung von der

Judenverfolgung hatte und wie sie auf die Verfolgung reagierte, zu den bisher nur unzureichend geklärten Problemen der Holocaust-Forschung. Ihre möglichst präzise Aufhellung ist aber unerlässlich, will man die nach wie vor brennende Frage beantworten, welche Basis die Verfolgung der Juden innerhalb der deutschen Bevölkerung letztlich hatte: War sie primär das Werk eines relativ kleinen und isoliert handelnden Kreises fanatischer Ideologen und konsequenter Schreibtischtäter, oder fand sie in der Bevölkerung breite Zustimmung, ja entsprach sie möglicherweise dem Willen breiter Bevölkerungskreise? Ist es möglich, solche Befunde für die einzelnen Phasen der Verfolgung – Diskriminierung, Segregation, Vertreibung, Deportation und schließlich Massenmord – weiter zu differenzieren? Und was ließe sich auf dieser Grundlage über den allgemeinen Zustand der deutschen Gesellschaft zu dieser Zeit sagen?

Dieses Buch will einen Beitrag zu diesem größeren Themenkomplex leisten, indem es, auf der Basis der heute verfügbaren Informationen, den damaligen Kenntnisstand der deutschen Bevölkerung über die Judenverfolgung möglichst vollständig rekonstruiert und versucht, die damaligen Reaktionen auf diesen Kenntnisstand systematisch zu analysieren. Kenntnis und Reaktion der Bevölkerung, das ist der Ausgangspunkt dieser Untersuchung, lassen sich aber nur dann angemessen erfassen, wenn man sich immer wieder vergegenwärtigt, dass die Judenverfolgung durch das Regime in einem erheblichen Umfang öffentlich stattfand und offen propagiert wurde, ja dass die »Judenfrage« einen zentralen Stellenwert bei den Bemühungen des Regimes besaß, die »Öffentlichkeit« unter der Diktatur immer wieder auf das Regime und seine politisch-ideologischen Ziele hin auszurichten. Diese prinzipielle Öffentlichkeit der Judenverfolgung gilt nicht nur für die Vorkriegszeit, sondern auch für die Phase der Deportationen und Massenmorde in den Jahren 1941 bis 1943, in denen zwar die präzisen Einzelheiten des Mordprogramms als Staatsgeheimnis behandelt wurden, das Regime sich zugleich aber öffentlich dazu bekannte, dass es dabei war, eine radikale, eine finale »Lösung der Judenfrage« zu betreiben.

Wir sind aber erst jetzt, mehr als sechzig Jahre nach Kriegsende, in der Lage, diese Ausrichtung der von den Nationalsozialisten künstlich hergestellten Öffentlichkeit für den gesamten Zeitraum 1933 bis 1945 nachzuzeichnen – und dieser Umstand bildete eine wesentliche Motivation für die Arbeit an diesem Buch. Es konnte nämlich erstmalig eine Reihe von umfangreichen Quellen herangezogen werden, die unser Wissen über die

antijüdische Propaganda des Regimes und ihre Rezeption durch die Bevölkerung erheblich erweitern: Hier sind in erster Linie die bisher durch die Forschung nicht ausgewerteten Protokolle der täglichen Propagandakonferenzen Goebbels' aus den Jahren 1941/42 zu nennen.¹ Sie schließen eine wichtige Lücke: Zusammen mit der erst seit kurzem vorliegenden vollständigen Version der Goebbels-Tagebücher² sowie den Presseanweisungen des Propagandaministeriums³ erlauben sie eine fast nahtlose Rekonstruktion der Formulierung nationalsozialistischer Propagandarichtlinien in einem für die Judenverfolgung besonders kritischen Zeitraum.

Ergänzt wird die Auswertung dieser internen Quellen vor allem durch eine breite Analyse von Zeitungen, die erstaunliche Diskrepanzen in der allgemein als »uniform« geltenden Presseberichterstattung in Bezug auf die »Judenfrage« aufzeigen wird. Untersucht wurden mehr als zwei Dutzend Zeitungen, davon zwei – das zentrale Parteiorgan *Völkischer Beobachter* und der in Berlin erscheinende *Angriff*, die zweitwichtigste Tageszeitung der NSDAP – fast für den gesamten Zeitraum. Die übrigen Blätter wurden für bestimmte, unterschiedlich lange Zeitabschnitte (zum Teil auch nur für Stichproben) konsultiert: Es handelte sich um eine Reihe von regionalen NS-Zeitungen, wobei der in Köln erscheinende *Westdeutsche Beobachter*, eine der größeren Gauzeitungen der NSDAP, besonders intensiv durchgesehen wurde;⁴ daneben wurden eine Anzahl »bürgerlicher« Blätter⁵ sowie zwei katholische Zeitungen⁶ in die Analyse einbezogen. Für die Kriegszeit kommen noch einige in den besetzten Gebieten erschienene deutsche Zeitungen hinzu,⁷ ferner die vor allem von Goebbels geförderte Wochenzeitung *Das Reich*. Andere Propagandamedien – soweit rekonstruierbar – wie Wochenschauen, Spielfilme, Plakate und Rundfunksendungen wurden ebenso berücksichtigt wie die alliierte Propaganda der Kriegszeit, die sich in Rundfunkprogrammen und insbesondere in Flugblättern niederschlug.

Um zu ergründen, welche Wirkung die Propaganda entfaltete, konnte auf die von Otto Dov Kulka und Eberhard Jäckel besorgte Edition aller verfügbaren Stimmungs- und Lageberichte des Regimes zur »Judenfrage« zurückgegriffen werden, die die gesamte Forschung zur Einstellung der deutschen Bevölkerung zu diesem Themenkomplex auf eine neue Basis stellt und in dieser Arbeit erstmalig für den gesamten Zeitraum 1933 bis 1945 ausgewertet wurde.⁸ Ergänzend herangezogen wurden Berichte von im Untergrund arbeitenden Widerstandsgruppen über die Lage in Deutschland,⁹ eine Reihe von publizierten Tagebüchern und Briefen so-

wie verschiedene, recht verstreute Informationen und Beobachtungen, die außerhalb Deutschlands über die Situation unter dem NS-Regime zusammengetragen wurden. Aus grundsätzlichen methodischen Erwägungen wurden nur zeitgenössische Quellen herangezogen; Memoiren und Editionen von Erinnerungstexten wurden daher nicht berücksichtigt.¹⁰

Für die Fragestellung dieser Arbeit erwies es sich als außerordentlich fruchtbar, diese verschiedenen Quellenkategorien zur antisemitischen Propaganda und ihrem Widerhall in der Bevölkerung in eine strenge chronologische Ordnung zu bringen. Erst diese Zeitleiste ermöglichte es, das Auf und Ab der antisemitischen Propagandawellen präzise nachzuvollziehen, sie in Verbindung mit der Politik des Regimes zu bringen und zu verstehen, dass die in den offiziellen Stimmungsberichten erhaltenen Informationen über die Haltung und Einstellung der Bevölkerung auch als Bestandteil der vom Regime betriebenen Ausrichtung der Öffentlichkeit zu lesen sind.

Zum Forschungsstand

Zum Thema sind seit den siebziger Jahren eine ganze Reihe von Studien vorgelegt worden. Dieser Forschungsstand soll hier unter zwei Gesichtspunkten referiert werden: Zu welchen Ergebnissen sind die Historikerinnen und Historiker, die sich mit der Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Judenverfolgung beschäftigt haben, gekommen? Und: Auf welcher Quellenbasis und auf Grund welcher Methode sind sie zu diesen Ergebnissen gelangt?

Marlis Steinert, die als Erste die Einstellung der deutschen Bevölkerung während des Krieges umfassend untersucht hat, fällt die »Reaktionslosigkeit und Gleichgültigkeit des deutschen Staatsbürgers gegenüber seinem jüdischen Nachbarn auf«, eine Auffassung, die sich vor allem auf die geringe Zahl von Berichten stützt, die sich hinsichtlich der Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Judenverfolgung finden lassen.¹¹ Diese Gleichgültigkeit zeigte sich jedoch nicht nur in Apathie angesichts des jüdischen Schicksals, sondern auch in weitgehender Ablehnung gegenüber den Versuchen der NS-Propaganda, den Judenhass hochzuspielen.¹² Die ausgeprägte Indifferenz der Bevölkerungsmehrheit führt Steinert unter anderem auf die Tatsache zurück, dass nur noch wenige Deutsche direkte Kontakte zu Juden hatten; man war in erster Linie mit den eigenen Proble-

men angesichts des Krieges beschäftigt.¹³ Neben der breiten Schicht der Indifferenten, Verhetzten und Zustimmungden sieht Steinert eine kleine Gruppe, die sich aktiv an der Verfolgung beteiligte, und eine zahlenmäßig nicht allzu große Schicht von Menschen, die sich schämten, jedoch nichts unternahmen. Nur sehr wenige Menschen halfen den Verfolgten aktiv.¹⁴

Was nun das Wissen über die »Endlösung« anbelangt, so ist für Steinert klar, dass für viele Soldaten im Osten die Erschießungen nicht geheim bleiben konnten. Durch Urlauber drangen solche Informationen nach Deutschland.¹⁵ Ab Sommer 1943, so Steinert, finde man kaum noch Hinweise darauf, wie die Bevölkerung auf die Verfolgung reagierte.¹⁶ Steinert konstatiert, dass »in Deutschland selbst nur ganz wenige über das ungeheure Ausmaß der Verbrechen Bescheid wussten, dass die Propaganda viele Gemüter umnebelt hatte, dass es auch eine große Zahl Ahnungsloser gab. [...] Gerüchte, Gerede, Andeutungen über Massenerschießungen waren für zahlreiche Menschen außerdem Vorstellungen, die sich rationalem Begreifen entzogen.«¹⁷

Ian Kershaw¹⁸ kommt – nach einer eingehenden Untersuchung der antisemitischen Kampagne des Jahres 1935, des Pogroms vom November 1938 und der Phase der Deportation und Massenmorde – zu der Schlussfolgerung, dass die Verfolgung der Juden ein breites Spektrum von Reaktionen hervorgerufen habe: Die Masse der Bevölkerung, geprägt durch antisemitische Vorurteile und mehr oder weniger beeinflusst von der NS-Propaganda, habe gesetzliche Beschränkungen für Juden befürwortet, Gewaltexzesse jedoch abgelehnt. Paranoide Judenhasser seien ebenso in der Minderheit gewesen wie diejenigen, die aus christlichen oder liberal-humanitären Motiven den nationalsozialistischen Rassismus abgelehnt hätten.

Das Hauptziel der NS-Propaganda, die Bevölkerung zu leidenschaftlichem Hass gegen Juden aufzustacheln, sei fehlgeschlagen. Von wenigen Phasen abgesehen, in denen die »Judenfrage« ganz im Vordergrund gestanden habe, sei die Masse der Bevölkerung an diesem Thema nicht interessiert gewesen. Aber gerade in dieser durch Desinteresse und Apathie geprägten Atmosphäre konnte nach Kershaw der radikale Antisemitismus der kleinen Minderheit gedeihen. Es sei dem Regime gelungen, die Juden im breiten Bewusstsein der Bevölkerung zu depersonalisieren.

Innerhalb der NS-Bewegung habe der Antisemitismus mit Sicherheit integrierend gewirkt, für die Beziehung zwischen Volk und Regierung gelte dies jedoch nicht. Hier sei in erster Linie die Attraktivität der vom

Regime propagierten »Volksgemeinschaft« – die Vorstellung einer scheinbar sicheren sozialen, politischen und moralischen Ordnung – ausschlaggebend gewesen. Die permanente Radikalisierung der antijüdischen Politik könne daher kaum das Ergebnis populärer Forderungen gewesen sein. In der »Judenfrage« habe das Regime nicht mit einem plebiszitären Mandat, sondern zunehmend autonom gehandelt. Die Geheimhaltung der »Endlösung« sei der wichtigste Beleg dafür, dass das Regime sich darüber auch im Klaren war.

Der schrittweise Ausschluss der Juden aus der Gesellschaft, die Zustimmung weiter Kreise der Bevölkerung zu diesen Maßnahmen, die Dehumanisierung, latente antisemitische Vorurteile und weit verbreitete Indifferenz gegenüber dem Schicksal der Juden seien jedoch wichtige Voraussetzungen für die »Endlösung« gewesen: Sie hätten den radikal-antisemitischen Elementen die notwendige Autonomie verschafft, um die »Endlösung« durchzusetzen. Sarah Gordon bestätigte einige Jahre später Kershaws Befund einer in der Bevölkerung vorherrschenden Indifferenz gegenüber der »Judenfrage«.¹⁹

Otto Dov Kulka konnte bereits Anfang der achtziger Jahre auf eine weit umfassendere Sammlung von offiziellen Stimmungs- und Lageberichten zurückgreifen als Ian Kershaw; insbesondere standen ihm damals in großem Umfang Gestapo-Berichte aus dem Institut für Marxismus-Leninismus in Ost-Berlin zur Verfügung, die erst seit 1990 im Bundesarchiv allgemein zugänglich sind.

In seiner Auswertung der Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Nürnberger Gesetze entwickelte Kulka eine Typologie von vier verschiedenen Reaktionen auf die Judenverfolgung, die sich seiner Auffassung nach auf die gesamte Zeit bis 1939 anwenden lässt:²⁰ Erstens Akzeptanz von Segregation und Diskriminierung aus rassistischen Gründen als dauerhafte Grundlage zur »Lösung der Judenfrage«; die Zustimmung zur »Judenpolitik« des Regimes war demnach an strikte Einhaltung gesetzlicher Grundlagen gebunden. Zweitens Bedenken, Kritik, ja sogar Opposition gegen die Rassengesetze sowie gegen die gesamte »Judenpolitik«, vor allem aber gegen »wilde Aktionen« aus politischen, religiösen, aber auch pragmatischen Motiven; Furcht vor ökonomischer Vergeltung gegen Deutschland mochte beispielsweise eine Rolle spielen. Drittens Kritik an der offiziellen antijüdischen Politik als zu moderat, verbunden mit dem Versuch, die antisemitische Politik durch direkte Aktionen weiter zu radikalieren. Antijüdische Gesetze wurden aus dieser Perspektive vor allem

als Ermächtigung zu einer weiteren Verschärfung der Judenverfolgung verstanden. Viertens Indifferenz und Passivität, ohne dass sich aus den Quellen eine Begründung für diese Haltung entnehmen ließe.

In einem weiteren Aufsatz, den er zusammen mit seinem Kollegen Aron Rodrigue verfasste, kritisiert Kulka denn auch Kershaws Gebrauch der Begriffe Indifferenz und Depersonalisierung. Für beide Autoren ist klar, dass die Nürnberger Gesetze keineswegs mit überwiegender Indifferenz hingenommen worden seien; vielmehr sei der in den Berichten zum Ausdruck kommende, wachsende Druck aus der Partei, der Bevölkerung und den Eliten wesentlich für die Entscheidung gewesen, die antijüdischen Gesetze zu erlassen.²¹ Ob die in den Berichten angegebenen pragmatischen Begründungen für die Kritik an der »Judenpolitik« des Regimes zutrafen oder nur vorgeschoben waren, um moralische Kritik zu tarnen, spielt nach Ansicht von Kulka/Rodrigue keine Rolle. Wichtig sei vielmehr, dass diese pragmatischen Argumente – die Tendenz, die »Judenfrage« zu »depersonalisieren« – in den Berichten vorherrschend waren und damit den politischen Entscheidungsprozess mit geformt hätten.²²

Kulka betrachtet die Radikalisierung des politischen Entscheidungsprozesses durch die Stimmungsberichterstattung als fortlaufenden Prozess, der auch in der Phase der »Endlösung« nicht zum Stillstand gekommen sei. Die Berichte sind demnach für ihn auch ein wichtiges Zeugnis für die Mitverantwortung breiter Bevölkerungskreise für den Entschluss zum Völkermord.²³ Mehr noch: Dass in der Phase der »Endlösung« in den Berichten Existenz, Verfolgung und Vernichtung der Juden so gut wie nicht vorkommen, wertet Kulka in einem weiteren Beitrag als Beleg für seine These einer »nationalen, stillschweigenden Verschwörung«. Sofern die Bevölkerung überhaupt auf die »Endlösung« reagiert habe, beschränke sich dies entweder auf eine rein passive Beobachtung der Deportationen oder auf präzise Beobachtungen und Kommentare zum Schicksal der Deportierten und der antijüdischen Politik des Regimes – dies gelte insbesondere für die ersten Monate des Jahres 1943.²⁴ Schockierend sei vor allem, dass, abgesehen von einigen Ausnahmen, Kritik an dem Mordprozess nicht mit moralischen Argumenten vorgetragen wurde, sondern lediglich mit instrumentellen und pragmatischen Begründungen; dabei habe die Befürchtung, man könne selbst für den Massenmord zur Rechenschaft gezogen werden, im Vordergrund gestanden.

Zu dieser »pragmatischen« Einstellung passe das große Interesse der Bevölkerung an der Übernahme so genannter Judenwohnungen; dass die

Menschen gleichzeitig eher desinteressiert auf die scharf-antisemitische Propaganda des Regimes reagiert hätten, zeige, dass die vom Regime geforderte »Lösung der Judenfrage« im Bewusstsein der Bevölkerungsmehrheit verankert gewesen sei, noch bevor die eigentlichen Morde begonnen hätten.²⁵

Die »Indifferenz« wird hier also als Konsens der Mehrheit mit dem Ziel der »Vernichtung« interpretiert: wie diese »Vernichtung« konkret aussah, ob damit Emigration, Segregation, Deportation oder Massentöten gemeint war, habe demnach für die Mehrheit der Deutschen keine Rolle gespielt.²⁶ Verstünde man (wie Kershaw) demgegenüber unter Indifferenz einfach nur Desinteresse, würde man, so Kulka, dem Phänomen in seiner Komplexität nicht gerecht: Tatsächlich sei die Einstellung, dass die »Judenfrage« irgendwie gelöst werden müsse, ebenso weit verbreitet gewesen wie die Haltung, man könne es dem Regime überlassen, die Art und Weise dieser »Lösung« zu bestimmen.²⁷

Indifferenz, so spitzten Kulka und Rodrigue schließlich das Argument entscheidend zu, sei demnach in Wahrheit »passive Komplizenschaft« gewesen.²⁸ Beide haben damit die Mitverantwortung der deutschen Bevölkerung für den Holocaust auf eine Weise betont, die einige Jahre später durch Daniel Goldhagen mit seiner These von den »willigen Vollstreckern« und dem »eliminatorischen Antisemitismus« der Deutschen wieder aufgegriffen und weiter ausgearbeitet wurde.²⁹ Allerdings bleibt die These von Kulka/Rodrigue weitgehend spekulativ: Sie beruht in erster Linie auf einer sehr extensiven Interpretation des Schweigens, das in den Quellen zur Reaktion auf den Holocaust vorherrscht.

Ian Kershaw hat auf die Kritik Kulkas und Rodrigues in einem weiteren Aufsatz, der auf einer erheblich breiteren Quellenbasis als seine früheren Beiträge beruht, geantwortet.³⁰ Mit guten Gründen stellt er hier klar, dass seiner Ansicht nach die Schlussfolgerung, die »Indifferenz« der deutschen Bevölkerung sei Ausdruck passiver Komplizenschaft, überzogen ist.³¹ Kershaw hält nichts davon, die von ihm als schlichtes Desinteresse an Juden charakterisierte »Depersonalisierung« nun, wie von Kulka/Rodrigue vorgeschlagen, als Internalisierung eines durch die Propaganda abstrakt vorgebrachten Vernichtungsgedankens zu verstehen.³² Vielmehr seien der weit verbreitete latente Antisemitismus und das Fehlen einer in der Gesellschaft verankerten, organisierten Abwehr des Antisemitismus vor 1933 dafür verantwortlich, dass die antisemitische Politik des Regimes sich auf eine fast unaufhaltsame Weise radikalieren konnte.³³

David Bankiers Studie über die »öffentliche Meinung« und die »Endlösung« hat zunächst einmal den Vorzug, dass sie auf einer bis dahin nicht erreichten breiten Quellengrundlage beruht.³⁴ Bankier konnte sich nicht nur auf die damals noch unveröffentlichte, allerdings seither weiterhin ergänzte Sammlung Kulkas stützen, sondern auch auf zahlreiche weitere Quellen unterschiedlichster Provenienz: zum großen Teil Stellungnahmen von Einzelpersonen aus (teilweise unveröffentlichten) Memoiren, Tagebüchern, Briefen, vor allem aber aus den Akten des britischen Foreign Office, das abgefangene Briefe auswertete und Interviews mit Flüchtlingen und aus Deutschland zurückkommenden Reisenden führte. Viele dieser Äußerungen, die Bankier durch seine Pionierarbeit erstmals für die Forschung erschlossen hat, werden auch in diesem Buch herangezogen werden.

Grundsätzlich steht aber auch Bankier vor dem Problem, dass namentlich die Quellen zur Informiertheit und Einstellung der deutschen Bevölkerung bezüglich der »Endlösung« spärlich und zum Teil erheblich interpretierbar sind. Er ist daher in seinen allgemeinen Schlussfolgerungen auch entsprechend vorsichtig und abwägend. Bankier betont insgesamt – trotz weit verbreiteter Unzufriedenheit – die »breite und grundsätzliche Zustimmung« der Bevölkerung zur Politik des Regimes.³⁵ Dennoch sei »die Behandlung der Judenfrage, wenn auch nicht der Antisemitismus selbst, zu einem Reibungspunkt zwischen den dynamisch-vitalistischen Elementen des Nationalsozialismus und den nationalistisch-konservativen Elitegruppen« geworden. Der »Konsens, die Juden aus Deutschland loszuwerden«, sei dabei jedoch nicht in Frage gestellt worden. Die Differenzen hätten sich vielmehr an den ergriffenen Maßnahmen entzündet. »Insgesamt scheint es, als seien die kritischen Reaktionen auf die antisemitische Politik durch persönliche Verärgerungen und Verteidigung von Interessen veranlasst worden, nicht aber durch humanitäre Rücksichten.«³⁶

Auf der Grundlage der vorliegenden Zeugnisse sei eindeutig klar, »dass weite Kreise der deutschen Bevölkerung, darunter Juden ebenso wie Nichtjuden, entweder gewusst oder geahnt haben, was in Polen und Russland vor sich ging«.³⁷ Während die Kenntnis von Massenerschießungen weit verbreitet war, sickerten über die Vernichtungslager relativ wenig konkrete Informationen durch.³⁸ Dass jedoch unterschiedliche Gerüchte über Morde mit Hilfe von Gas kursierten, zeige, dass es ein weit verbreitetes Bedürfnis gegeben habe, den Mangel an Informationen durch eigene

Vorstellungen zu ersetzen.³⁹ Wegen der monströsen und beispiellosen Dimension des Verbrechens hätten allerdings selbst Gegner des Regimes vorhandene Informationen kaum zu einem Gesamtbild zusammensetzen können.⁴⁰

Bankiers Schlussfolgerung lautet: »Die Politik der Deportationen und der Massenmorde konnte vonstatten gehen, weil die Öffentlichkeit kein Empfinden mit dem Schicksal der Juden zeigte. Ja, es ist wahr: Während der Kriegszeit blieben die, welche eine andere Meinung vertraten, wegen der Angst vor dem Staatsterror rein passiv; die Verhärtung der Haltungen verwischte die moralischen Grenzen; die soziale Vereinzelung machte eine kollektive Reaktion von vornherein unmöglich. Aber es ist ebenso wahr, dass bei den meisten Deutschen, wegen ihrer ›traditionell‹ antisemitischen Haltung, aus der heraus sie die Judenverfolgung nicht prinzipiell ablehnten, die Widerstandskraft gegen die Maschinerie des Völkermords sehr gering gewesen ist.« Um sein Gewissen zu beschwichtigen, habe man Informationen zu verdrängen versucht, um Schuldgefühle nicht aufkommen zu lassen, habe man die »Flucht ins Private und ins Nichtwissen« ergriffen.⁴¹

Das Paradox⁴² zwischen der Geheimhaltung des Vernichtungsprogramms und der Tatsache, dass unter anderem führende Nationalsozialisten durchaus öffentlich auf den im Gang befindlichen Massenmord hinwiesen, löst Bankier mit der These, das Regime habe auf diese Weise versucht, die allgemeine Bevölkerung in die Verantwortung für das Verbrechen mit einzubeziehen, um so Ängste vor Rache und Vergeltung zur Aufstachelung eines fanatischen Widerstandswillens zu nutzen.⁴³ Aus eben diesem Grund habe sich die verstärkte antisemitische Propaganda jedoch seit Ende 1941, vor allem aber seit 1943 als kontraproduktiv erwiesen: Aus Angst, nach Kriegsende von den Siegern kollektiv zur Rechenschaft gezogen zu werden, sei die Bevölkerung mehr und mehr vom offiziell verkündeten Antisemitismus abgerückt.

Die weitgehende Indifferenz der Bevölkerung gegenüber der Verfolgung erklärt Bankier somit – im Unterschied zu Kershaw oder Kulka – nicht mit Gleichgültigkeit oder schweigender Zustimmung, sondern aus dem Unwillen der Menschen, »ihre Beteiligung am Begehen von Unrecht zuzugeben«. Man habe sich selbst eingeredet, als angeblich Unwissende gegen Vergeltung und Rache gefeit zu sein.⁴⁴

Robert Gellately befasst sich ebenfalls mit der – seiner Ansicht nach überwiegend zustimmenden – Reaktion der deutschen Bevölkerung auf

Repression und Terror des NS-Regimes und kommt in diesem Zusammenhang auch auf die öffentliche Darstellung und die Wahrnehmung der Judenverfolgung zu sprechen. Gellately weist dabei auf die Bedeutung einer wichtigen Quelle hin, die Historiker bisher erstaunlicherweise weitgehend vernachlässigt haben: die in NS-Deutschland erschienenen Zeitungen.⁴⁵

Eric Johnson beschäftigt sich in seinem Buch über den nationalsozialistischen Terror – einer Regionalstudie, die sehr stark auf die Kooperation zwischen Behörden und Bevölkerung abstellt – in größerem Umfang mit der Judenverfolgung;⁴⁶ dabei behandelt er in einem Überblickskapitel die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Judenverfolgung und lenkt darin unter anderem den Blick auf die alliierten Rundfunksendungen als Informationsquelle zu diesem Thema.

Neben weiteren Überblicken und einer Reihe von älteren Arbeiten, die durch neuere Studien als überholt gelten können,⁴⁷ behandelt eine Reihe von Aufsätzen wesentliche Aspekte der Frage nach der Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber der Judenverfolgung. Werner Angress hat anhand amtlicher Berichte zur »Judenfrage« aus dem Jahre 1935 die Konfliktlage zwischen NSDAP-Anhängern der »Einzelaktionen« und den Beamten herausgearbeitet; diese, obwohl antisemitisch eingestellt, seien in erster Linie an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung interessiert gewesen.⁴⁸ Ursula Büttner betont in einer Arbeit, die sich hauptsächlich auf die Zeit vor Beginn der Deportationen bezieht, das Verhalten der Deutschen im Hinblick auf die Verfolgungsmaßnahmen sei vor allem durch »Gleichgültigkeit, beflissenes oder überzeugtes Mittun, selten Anteilnahme und Hilfsbereitschaft« gekennzeichnet gewesen.⁴⁹ Volker Ullrich hat in einem Überblick zahlreiche Beispiele für die seinerzeit greifbaren Informationen über den Mord an den Juden zusammengetragen und mit weit verbreiteten Abwehr- und Verdrängungsmechanismen angesichts dieses Themas kontrastiert.⁵⁰

Frank Bajohr weist in einem Aufsatz über die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Deportationen auf das generell große Interesse hin, das die Massenverschleppungen auf örtlicher Ebene auslösten.⁵¹ Die Tatsache, dass viele Menschen sich angesichts der Deportationen öffentlich weder positiv noch negativ äußerten, könne auf stillschweigendes Einverständnis, Gleichgültigkeit oder auch »verlegene Distanz« hindeuten, eine möglicherweise mehrdeutige Verhaltensweise, die mit dem Ausdruck »Indifferenz« nur inadäquat erfasst werde.⁵² Die Einstellung der Bevölkerung

zu den Deportationen habe zwischen »aktiver Zustimmung, unauffälliger Zurückhaltung und kritischer Distanz« geschwankt.⁵³ Der Konsens zwischen Regime und Bevölkerung in der »Judenfrage« sei nach 1938/39 »langsam erodiert«, die von der Propaganda aufgestellte Parole, man habe mit der »Endlösung« der »Judenfrage« alle Brücken hinter sich abgebrochen, habe nicht, wie vom Regime erwartet, zu fanatischem Widerstand bis zuletzt geführt. Sie sei jedoch auch nicht ohne Wirkung geblieben: Das »sichtbar schlechte Gewissen« in Teilen der Bevölkerung sei Ausdruck eines Gefühls, man habe »eine Grenze überschritten«, die eine »Rückkehr zum Status quo ante« nicht mehr erlaubte.⁵⁴

Hans Mommsen und Dieter Obst betonten wiederum die Indifferenz der allgemeinen Bevölkerung gegenüber der »Judenfrage«.⁵⁵ Zwar habe man gewalttätige Aktionen gegen die Juden, wie etwa die »Reichskristallnacht«,⁵⁶ abgelehnt, jedoch vor allem deshalb, weil man die Beschädigung »arischer« Interessen befürchtet habe. Da die Mehrheit den Antisemitismus prinzipiell nicht missbilligte, habe das Regime die Juden erfolgreich isolieren können.⁵⁷ Während des Krieges habe die Bevölkerung der »Judenfrage« trotz teilweise intensiver antijüdischer Propaganda kaum noch Aufmerksamkeit geschenkt.⁵⁸ Die Missbilligung der Kennzeichnung im Herbst 1941 und die gemischten Reaktionen auf die Deportationen zeigten jedoch, dass das Regime die Wirkung der antisemitischen Indoktrination der Bevölkerung überschätzt habe.⁵⁹

Dass die Erörterung der Genozidfrage – die Exekutionen in Osteuropa waren weithin bekannt – nach dem Leichenfund von Katyn im Frühjahr 1943 in der Öffentlichkeit völlig zurückgetreten sei, liegt nach Ansicht der Autoren daran, dass »die Bevölkerung von der Bewältigung der immer stärker den individuellen Lebensbereich erfassenden Kriegseinwirkungen weitgehend absorbiert war«. Hinzu komme eine »fatalistische Abstumpfung«.⁶⁰ Insgesamt könne man von einer »kollektiven Verdrängung des Genozids« sprechen,⁶¹ obwohl ein »dumpfes Bewusstsein des Unrechts« weit verbreitet gewesen sei. Ähnlich wie David Bankier kommen Mommsen und Obst zu dem Schluss, dass die Mehrheit durch die Hinnahme der Deportationen beziehungsweise durch Zustimmung zu schweigenden Komplizen eines – allerdings in seinen wahren Dimensionen nur ungefähr erahnten – Verbrechens geworden sei.⁶²

Weitere Arbeiten haben speziell die Reaktionen der Bevölkerung auf die »Kristallnacht« untersucht und übereinstimmend die weitgehende Ablehnung der Gewalttaten hervorgehoben.⁶³ Seit einigen Jahren wird

zudem das Thema der antisemitischen Gewalt unter dem NS-Regime untersucht. Verschiedene Autoren haben darauf aufmerksam gemacht, dass der Gewalttaten verübende nationalsozialistische Mob einen erheblichen Teil der männlichen Bevölkerung repräsentierte und dass insbesondere Jugendliche dazu neigten, sich an solchen von Parteiaktivisten organisierten Gewalttaten zu beteiligen beziehungsweise ihnen offen zuzustimmen.⁶⁴ Daneben liegt eine große Zahl von meist regional oder thematisch ausgerichteten Editionen und Studien zur Stimmungsberichterstattung in der NS-Diktatur vor.⁶⁵

Angesichts dieser zum Teil weit auseinander klaffenden Befunde und relativ großen Forschungslücken stellt sich die Frage nach den dokumentarischen, methodischen und begrifflichen Grundlagen des bis dato erreichten Forschungsstandes. Offensichtlich ist, dass die meisten der hier behandelten Arbeiten vor allem auf den Stimmungs- und Lageberichten beruhen, die durch verschiedene Dienststellen des NS-Regimes erstellt wurden. Und die meisten Autorinnen und Autoren gehen davon aus, dass diese Stimmungs- und Lageberichte ein mehr oder weniger authentisches Bild der tatsächlichen Einstellung der Bevölkerung vermitteln, wobei zum Teil eine Reihe von weiteren Quellen – in unterschiedlichem Umfang – als Kontrollmaterial herangezogen wird.

Die Ermittlung der »Stimmung« durch Partei- und Staatsdienststellen habe dabei dem Zweck gedient, der Führung ein objektives Bild der Volksmeinung zu vermitteln, das in den politischen Entscheidungsprozess eingeflossen sei. Nach dieser Auffassung – sie entspricht im Übrigen dem Bild, das der Gründer des SD-Inlandsnachrichtendienstes, Otto Ohlendorf, in seinen Nachkriegsaussagen entwarf⁶⁶ – handelt es sich also bei der Berichterstattung zur Stimmung grundsätzlich um eine (wenn auch nur rudimentäre) Frühform der Demoskopie.⁶⁷

Selbstverständlich sind sich die Forscher, die diese Ansicht vertreten – zu ihnen gehören neben Otto Dov Kulka etwa Heinz Boberach und David Bankier –, darüber im Klaren, dass diese frühe »Meinungsforschung« gravierende methodische Defizite aufweist, die zu erheblichen Verzerrungen in der Berichterstattung geführt haben, und sie konzedieren in unterschiedlichem Umfang, dass die Stimmungsberichterstattung auch anderen, nicht auf die Erstellung eines objektiven Meinungsbildes gerichteten Zielsetzungen unterlag. Trotzdem halten sie die Stimmungsberichterstattung für mehr oder weniger »zuverlässig«.⁶⁸

Ian Kershaw betrachtet diese Frage grundsätzlich kritischer. Seiner

Meinung nach bildeten die Stimmungsberichte »fast ausschließlich die ereignisbezogene Meinungsäußerung und Stimmung der Bevölkerung, nicht die Meinungsbildung aufgrund der allgemeinen und permanenten Propaganda- oder Schulungsaktivität des NS-Regimes« ab. Daher lasse sich auf Basis dieser Quellenkategorie »fast keine Feststellung treffen, wie die in Zeitungen, Versammlungen oder auf anderem Wege betriebene antisemitische Propaganda nach 1933 von der Bevölkerung aufgenommen wurde«.69 Auch Franz Dröge weist in seiner Untersuchung über die Gerüchtebildung im Zweiten Weltkrieg auf die Kontextabhängigkeit der Stimmungsberichterstattung hin: So sei etwa die Gestapo an der »Stimmung« nur insoweit interessiert gewesen, »als sie von Gegnergruppen bestimmt oder beeinflusst zu sein erscheint oder zu werden droht«.70

Kershaw wirft außerdem die Frage auf, ob die Berichte nicht grundsätzlich ein schöngefärbtes Bild der »Stimmung« wiedergeben, da viele Bürger kritische Äußerungen aus Angst unterdrückt hätten und bei den Berichterstattern möglicherweise die Tendenz im Vordergrund gestanden habe, ihre Vorgesetzten mit »positiven« Berichten zu versorgen. Grundsätzlich seien »positive« Berichte schwieriger zu interpretieren als solche, in denen Kritik unmittelbar wiedergegeben wird.71 Auch Frank Bajohr bezweifelt die »Objektivität« der Berichte, da sie sich durchgängig »regimespezifischer Sprachregelungen und -muster« bedienten, eigene Perspektiven und politische Intentionen in die Berichterstattung einbrachten und – vor allem auf höhere Ebene – zu »Tabuisierung« und »Schönfärberei« neigten.72

Ohne objektiven Maßstab, an dem sich die subjektiv eingefärbten Berichte messen ließen, so räumt Kershaw ein, seien die interpretatorischen Probleme in einem methodisch strengen Sinne auch nicht lösbar. Weiterhelfen könnten Vergleiche unterschiedlicher Quellenkategorien, aber letzten Endes bleibe nichts anderes übrig, als sich bei der Interpretation auf die Vertrautheit des Historikers mit dem Gesamtmaterial zu verlassen sowie auf seine Fähigkeit, zwischen den Zeilen zu lesen.73

Mir scheint, dass man in dieser kritischen Sichtweise des Materials noch einen Schritt weitergehen sollte als Kershaw und andere Forscher. Alle der hier vorgestellten Autoren gehen nämlich von der Annahme aus, dass es auch unter dem NS-Regime so etwas wie eine »öffentliche Meinung«, eine »Volksmeinung«, wie Kershaw es nennt, oder eine »Publikumsmeinung« (Marlis Steinert)74 gegeben habe, dass also auch unter den Bedingungen der Diktatur umfassende, kollektive Meinungsbil-

dungsprozesse vonstatten gingen. Tatsächlich wissen wir aber viel zu wenig darüber, wie sich überhaupt kollektive Stimmungen, Meinungen und Einstellungen unter der Diktatur bildeten, und wir haben die methodischen Schwierigkeiten, solche Vorgänge retrospektiv zu messen, bisher zu wenig diskutiert.

Unabdingbare Voraussetzung für eine Analyse des uns vorliegenden, umfangreichen Berichtsmaterials ist daher zunächst einmal eine kritische Würdigung der Ausgangsbedingungen: Wie lassen sich Prozesse kollektiver Informationsaufnahme und Meinungsbildung unter den Bedingungen der Diktatur mit erheblichem Abstand überhaupt rekonstruieren, und in welcher Terminologie lassen sie sich darstellen? Gab es eigentlich so etwas wie eine »öffentliche Meinung« oder eine »Volksstimmung« hinter der Fassade der vom Regime dirigierte Öffentlichkeit? Wenn ja: Wie sind Volksstimmung, Öffentlichkeit und öffentliche Meinung unter den Bedingungen der Diktatur zu definieren?

Und wie ist im Zuge dieser Quellenkritik das Thema zu deuten, das in der bisherigen Diskussion ganz im Zentrum stand: das auffallende Schweigen der Berichte zu wesentlichen Aspekten der Judenverfolgung, insbesondere in der Phase der »Endlösung«? Spiegelt dieses Schweigen wirklich die »Indifferenz« der Bevölkerung zur »Judenpolitik« des Regimes wider, und wie wäre diese »Indifferenz« zu interpretieren?

Auf diese wichtigen methodischen Fragen wird zunächst in einem eigenständigen Kapitel eingegangen, bevor wir uns den einzelnen Phasen der Judenverfolgung zwischen 1933 und 1945 zuwenden.



Peter Longeric

»Davon haben wir nichts gewusst!«

Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933-1945

Paperback, Klappenbroschur, 448 Seiten, 13,5 x 21,5 cm

ISBN: 978-3-570-55041-0

Pantheon

Erscheinungstermin: September 2007

Was wussten die Deutschen über die Ermordung der Juden?

Was wussten die Deutschen vom Holocaust? Wie wurde die nationalsozialistische »Judenpolitik« in der Propaganda des Regimes dargestellt? Wie haben die Menschen auf Informationen und Gerüchte über den systematischen Mord an den Juden Europas reagiert? Diese Fragen gehören zu den zentralen, bisher ungelösten Problemen der Holocaust-Forschung. Auf der Grundlage neuer, bisher nicht ausgewerteter Quellen gibt Peter Longeric überzeugende Antworten.

Peter Longeric gelingt es, aus der Sicht des Historikers Antworten auf die Frage nach dem Wissen der Deutschen über die »Endlösung« und ihre Einstellung zur Judenverfolgung zu geben. Er hat die antisemitische Propaganda des Regimes analysiert, sich mit alliierten Rundfunkprogrammen und Flugblättern befasst, alle noch vorhandenen geheimen NS-Stimmungsberichte zur »Judenfrage« untersucht und zusätzlich Informationen aus Tagebüchern, Gerichtsakten, Aufzeichnungen ausländischer Besucher und anderen Quellen zusammengetragen.

Longeric weist nach, dass die Judenverfolgung im Deutschen Reich nicht nur in aller Öffentlichkeit stattfand, sondern dass das NS-Regime ab Ende 1941 immer wieder gezielte Hinweise auf die »Vernichtung« der Juden gab. Die konkreten Einzelheiten des Massenmordes unterlagen zwar strikter Geheimhaltung, doch diese wurde immer wieder durchbrochen. Durch seine Propagandapolitik versuchte das Regime der Bevölkerung zu signalisieren, dass sie zu Mitwissern und Komplizen eines Verbrechens ungeheuerlichen Ausmaßes geworden und ihr Schicksal auf Gedeih und Verderb mit der Existenz des Regimes verbunden war.

Ein Thema, das nach wie vor die Gemüter erregt und bisher nie schlüssig behandelt wurde.